



«Erfolgsmodell Schweiz»: Die Rechnung bezahlen andere

EINE NEUE STUDIE ZEIGT, WIE ZYNISCH DIE VORSTELLUNG VOM «ERFOLGSMODELL» ODER «CHANCENLAND SCHWEIZ» IST: Kein Land hindert andere Länder stärker daran, sich nach den «Sustainable Development Goals», den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, nachhaltig und sozial zu entwickeln.



Samira Marti
Nationalrätin BL

Für Bürgerliche ist die Schweiz ein «Erfolgsmodell» oder ein «Chancenland». Zynisch ist beides. Vor zwei Jahren traten die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der UNO in Kraft, diese sollen bis 2030 den Lebensstandard der Menschheit wesentlich erhöhen. Zu den Zielen gehört, dass wir Armut und Hunger besiegen, die Gesundheit verbessern, Frieden stiften, Ungleichheiten reduzieren und den Klimaschutz verschärfen.

Eine neue Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt nun: Die Schweiz hindert andere Gesellschaften stärker als jedes andere Land daran, die SDG zu erreichen. Die negativen Auswirkungen von Wirtschaftsweisen auf andere Gesellschaften sind nirgends

grösser. Aber wie genau schadet die Schweiz anderen Ländern?

Wirtschaftspolitik am Pranger
Besonders schlimm steht es um die Schweizer Finanz- und Wirtschaftspolitik – der ideologische Kern von «Erfolgsmodell» und «Chancenland». Diese befeuert Steuerhinterziehung und Kapitalflucht aus den Ländern des Südens und raubt den Volkswirtschaften dringend benötigtes Kapital. Fehlendes Steuersubstrat fehlt dann für die Gesundheitsversorgung, für öffentliche Güter und den Klimaschutz.

Auch in Sachen Klima- und Umweltkrise ist die Politik der Schweiz eine Katastrophe. Niemand gefährdet die Biodiversität im Ausland stärker. Bei den importierten CO₂-Emissionen sind wir nicht ganz vorne; die Schweiz gehört aber zu den schlimmsten Klimasaboteurinnen.

Bauten alle Gesellschaften ihre Wirtschaft so auf, versänke die Weltgemeinschaft in mehr Kriegen, Hungersnöten und ökologi-

schen Katastrophen. Das Verhalten der Schweiz ist nicht verallgemeinerbar.

Die Autoren Markus Wissen und Ulrich Brand nennen solches Wirtschaften im gleichnamigen Bestseller die «Imperiale Lebens-

Nur mit einem Systemwechsel können wir unsere globale Verantwortung wahrnehmen.

weise»: Länder im globalen Norden leben mit einem hohen Lebensstandard, lagern aber die Kosten dafür aus – vor allem an Menschen im globalen Süden, die durch miserable Arbeitsbedin-

gungen, Kriege, Umweltkatastrophen oder wirtschaftliche Unterentwicklung durch unsere Politik geschädigt werden.

Gesucht: Mobilitätswende
Menschen, die von Lohn und Rente leben, haben als Einzelne kaum Einfluss darauf, ob wir von der imperialen Lebensweise wegkommen. Aber wer Profite zu maximieren versucht und dabei andere Menschen ausbeutet, macht dies bewusst und willentlich. Dagegen müssen wir kämpfen. Wir sollten sofort gegen das klimaschädliche Finanzsystem vorgehen, danach aber auch von der imperialen Lebensweise im Inland wegkommen: Statt steigendem Ressourcenbedarf durch E-Autos brauchen wir eine Mobilitätswende mit autofreien Städten und massivem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, auch auf dem Land.

Nur mit einem Systemwechsel können wir unsere globale Verantwortung für eine solidarischen Welt wahrnehmen.



ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

REFERENDUM gegen den Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Referendum gegen den Bundesbeschluss vom 20.12.2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Im Bundesblatt veröffentlicht am 31.12.2019. Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass der Bundesbeschluss vom 20.12.2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafrechtsgesetzbuches.

Kanton:	PLZ:	Politische Gemeinde:			Kontrolle (leer lassen)
Name / Vornamen (eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag / Monat / Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift		
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Referendumsfrist: 09.04.2020

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____

Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel:

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden bis spätestens 19.03.2020 an das Referendumskomitee: Referendum gegen neue Kampfjets, Postfach, 8050 Zürich, das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird. Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden bei unter: www.kampfjets-nein.ch

FALTEN UND ZUSAMMEN KLEBEN

REFERENDUM NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

- Der geplante Kauf neuer Kampfjets ist ein 24-Milliarden-Blankoscheck!
- Die Schweiz braucht keine Luxus-Kampfjets!
- Das Geld für milliardenteure Kampfjets könnte man besser in die Bekämpfung des Klimawandels investieren!

Unterschreiben Sie noch heute!



GAS/ECR/ICR

nicht frankieren
ne pas affranchir
non affrancare
50391351
000001

B



DIE POST

SP Schweiz
Theaterplatz 4
Postfach
3001 Bern

ZURÜCK ZUR BARACKENSCHWEIZ? Nein danke! Doch es braucht das Engagement von allen, damit diese schädliche SVP-Initiative gebodigt werden kann.

Nein zu Diskriminierung, Nein zur Kündigungs- Initiative



Paul Rechsteiner,
Ständerat SG

Exakt 50 Jahre ist es her seit der Volksabstimmung über die sogenannte Schwarzenbach-Initiative. Diese wurde am 7. Juni 1970 knapp abgelehnt. Die äusserst emotionale Abstimmungskampagne richtete sich in erster Linie gegen die Italienerinnen und Italiener. Hunderttausende von ihnen hätten das Land bei einem Ja verlassen müssen. Erwünscht waren nur noch die sogenannten Saisoniers. Viele von ihnen lebten in Baracken. Sie hatten weder das Recht auf eine Familie noch auf einen Stellenwechsel. Wenn ihre Kinder trotzdem in die Schweiz kamen, mussten sie versteckt aufwachsen. Weil Saisoniers vollständig von ihrem Arbeitgeber abhängig waren, war das Saisonierstatut ein Tieflohnstatut.

Abgeschafft wurde das Saisonierstatut erst mit den bilateralen Verträgen und der Personenfreizügigkeit. Das war vor zwanzig Jahren.

Jetzt will die SVP mit der sogenannten Begrenzungsinitiati-

ve wieder zurück zum früheren System. Dadurch wäre im Verhältnis zur EU wieder die Fremdenpolizei für den Personenverkehr zuständig. Vorteilhaft wäre das weder für die Wirtschaft noch für die arbeitenden Menschen. Warum?

Das Ende des bilateralen Weges
Für die Wirtschaft wäre es schädlich, weil ein Ja zur SVP-Initiative das Ende der bilateralen Verträge mit der EU bedeuten würde. Diese ist nämlich so formuliert, dass sie einseitig zur Kündigung der Bilateralen verpflichtet, sofern innert Jahresfrist mit der EU keine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann. Die bilateralen Verträge sind aber für die Schweizer Wirtschaft eine unverzichtbare Grundlage für ein geregeltes Verhältnis zur EU. Und damit für die Arbeitsplätze. Die EU ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz.

Aber auch den arbeitenden Menschen brächte das Ende der



Bilateralen mit der Personenfreizügigkeit grosse Nachteile. Der Schutz der Löhne durch die sogenannten flankierenden Massnahmen ist mit den bilateralen Verträgen verknüpft. Dank dem für die Schweiz neuen Lohnschutz, verbunden mit den Mindestlohnkampagnen der Gewerkschaften, sind die Löhne in den Tieflohnssektoren in den letzten zwanzig Jahren stark gestiegen. Auch im Vergleich mit der negativen Entwicklung in verschiedenen europäischen Ländern schneidet die Schweiz in diesen Jahren gut ab.

Die Verbesserung der zu tiefen Löhne in manchen Branchen bleibt zwar ein wichtiges Anliegen auch für die Zukunft. Die Voraussetzungen dafür sind aber mit den Lohnschutzmassnahmen und den bilateralen Verträgen weit besser als ohne. Auch

weil die Gesamtarbeitsverträge gestärkt wurden.

Ältere Arbeitnehmende unter Druck

Neue Antworten braucht es bei den Problemen, mit denen ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend konfrontiert sind. Noch immer nicht realisiert ist ein wirksamer Kündigungsschutz für langjährige ältere Arbeitnehmende, obwohl dieser nicht mehr als Anstand wäre. Immerhin geht es jetzt, dank sozialpartnerschaftlichen Gesprächen, mit der Überbrückungsleistung für Ältere, denen die Aussteuerung droht, endlich vorwärts. Und realisiert wird auch die Forderung, dass der Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse bei einem Stellenverlust nicht mehr verloren geht. Für mehr

Respekt den Älteren gegenüber muss noch einiges geschehen. Mit einem Ja zur SVP-Initiative ist aber älteren Arbeitnehmenden nicht gedient. Und auch nicht mit der Hetze gegen Menschen mit einem ausländischen Pass. Sondern nur mit neuen Rechten. Die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative wird somit für die Schweiz zu einer Schlüsselabstimmung im Verhältnis zur EU. Bei einem Ja würde die Schweiz wieder um Jahrzehnte zurückgeworfen. In die Zeit vor den bilateralen Verträgen.

Nie wieder Diskriminierung

Eine Schlüsselabstimmung ist es aber auch für den schweizerischen Arbeitsmarkt. Vor den bilateralen Verträgen und der Personenfreizügigkeit galt auf dem Arbeitsmarkt das Prinzip der Dis-

kriminierung. Zum Schaden der arbeitenden Menschen mit eingeschränkten Rechten. Aber im Ergebnis auch zum Schaden der anderen. Denn das diskriminierende System spaltete die arbeitenden Menschen nach ihrer Herkunft. Der Keil der fremdenfeindlichen Diskriminierung wirkte sich nicht nur mental, sondern in den betroffenen Branchen auch materiell negativ aus.

Dafür, dass diese Schlüsselabstimmung gewonnen wird, braucht es nicht nur den Einsatz jener, die aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Kündigung der bilateralen Verträge kämpfen. Sondern das Engagement aller, die nicht zu einem diskriminierenden System zurückwollen.

Wie schon vor 50 Jahren darf diese Auseinandersetzung nicht unterschätzt werden.



Alles gekauft? Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen nicht, wer die Wahl- und Abstimmungskampagnen finanziert und damit einem Anliegen erst zum Durchbruch verhilft. Die SP ist hier freiwillig transparent. Die Politik insgesamt muss endlich transparenter werden!

DER STÄNDERAT LEHNT DIE «TRANSPARENZ-INITIATIVE» AB UND BESCHLIESST DAFÜR EINEN STARK ABGESCHWÄCHTEN GEGENVORSCHLAG. Das Erfreuliche an dieser ungenügenden Vorlage: Der Handlungsbedarf ist nun immerhin anerkannt. Jetzt liegt der Ball beim Nationalrat.

Zeit für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung



Nadine Masshardt, Nationalrätin BE, Co-Präsidentin des Trägervereins der «Transparenz-Initiative»

Zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung wünschen sich laut zahlreichen Umfragen mehr Transparenz in der Politikfinanzierung. Umso enttäuschender war das Nein des Ständerates letzten Dezember zur breit abgestützten Volksinitiative von SP, BDP, EVP, Grünen, Piratenpartei, Transparenz International Schweiz und Public Eye.

Transparenz schafft Vertrauen

Offensichtlich konnten auch die vor zwei Jahren in Schwyz und Freiburg gewonnenen Volksabstimmungen zu kantonalen «Transparenz-Initiativen» der

JUSO den Ständerat nicht beeindrucken. Dabei sollten alle Politikerinnen und Politiker doch eigentlich ein grosses Interesse daran haben, echte Transparenz zu schaffen und damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zu stärken.

Denn vergessen wir nicht: In keinem Land können Bürgerinnen und Bürger so oft abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Darauf sind wir zu Recht stolz. Doch gerade darum ist es wichtig, dass bei all diesen Urnengängen und Wahlen mit offenen Karten gespielt wird. Dass mögliche Abhängigkeiten überhaupt erst bekannt werden. Als Basis ihrer Entscheidung an der Stimm- und Wahlurne hat die Stimmbürgerinnen und Bürgerinnen und Geldgeberinnen und Geldgeber (konkret: ab 10000 Franken) hinter Parteien oder Komitees stecken.

Ganz wohl schien es dem Ständerat mit seinem Nein zur «Transparenz-Initiative» allerdings nicht zu sein. So beschloss er einen indirekten Gegenvorschlag. Damit anerkennt nun nach dem Bundesrat auch die Kleine Kammer grundsätzlich den Handlungsbedarf.

Ständerat anerkennt Problem und schwächt ab

Leider bleibt der Gegenvorschlag bezüglich Schwellenwerten und wirksamen Kontrollmechanismen sowie Sanktionen ungenügend. So beschloss der Ständerat, die Schwellenwerte für die Offenlegungspflicht von 10000 auf 25000 Franken mehr als zu verdoppeln. Und Wahl- sowie Abstimmungskomitees sollen ihre Finanzen erst ab 250000 Franken transparent machen müssen (statt wie mit der Initiative ab 100000 Franken). Diese massiven Erhöhungen höhlen den Anwen-

dungsbereich fast vollständig aus. Denn bereits die Schwelle von 10000 Franken – immerhin fast zwei durchschnittliche Monatslöhne – ist ein moderater Kompromiss. Im europäischen Ausland etwa liegt der durchschnittliche Schwellenwert bei 3500 Euro. Fakt ist: Für Parteien und Komitees können gefährliche Abhängigkeiten bereits bei Spenden über 10000 Franken entstehen. Bürgerinnen und Bürger sollen darum auch bereits von solchen Geldflüssen wissen.

Ausgehöhlte Kontrollmechanismen

Dass der Ständerat in seinem Gegenvorschlag auch noch die Kontrollmechanismen ausgehöhlt hat, zeigt die Schwelle von 25000 Franken. Ist doch ein griffiges und effizientes Kontrollsystem zentral für die erfolgreiche Durchsetzung der Offenlegungspflichten. Weiter beschloss

das «Stöckli», Ständeratswahlen von der Offenlegung auszuklamern. Auch das ist unverständlich. Denn im Sinne der Gleichbehandlung sollen für National- und Ständeratswahlen dieselben Regelungen gelten. Umso mehr, als ein und dieselben Leute oft für beide Kammern kandidieren und bei Ständeratswahlen wohl oft sogar noch mehr und höhere Grossspenden im Spiel sind. Es ist nun am neugewählten Nationalrat, einen griffigen indirekten Gegenvorschlag zu beschliessen und die «Transparenz-Initiative» anzunehmen.

Schweiz ist letztes Land Europas ohne Transparenz

Denn der Druck steigt. Greco – die Anti-Korruptionsbehörde des Europarates – rügt die Schweiz immer wieder punkto fehlender Transparenz in der Parteienfinanzierung. Zu Recht: Inzwischen sind wir mit

Ausnahme der Ministaaten Andorra und Malta das einzige Land in Europa, in dem keine Informationen zu Grossspenden sowie Parteien- und Kampagnenfinanzierungen veröffentlicht werden müssen. Damit können wir über mögliche finanzielle Abhängigkeiten nur spekulieren. Ein offensichtliches Defizit. Klar ist einzig: Hätte Geld keinen Einfluss, würde für Wahl- und Abstimmungskampagnen nicht immer mehr Geld ausgegeben.

Stimmbevölkerung kann sich erstmals äussern

Fazit: Wollen wir unsere Demokratie stärken und für das 21. Jahrhundert fit machen, braucht es endlich mehr Transparenz in der Politikfinanzierung. Nun liegt der Ball beim Nationalrat und dann – endlich und zum ersten Mal überhaupt! – bei der direktbetroffenen Bevölkerung.



Kampfjets: halbe Kosten, doppelte Wirkung



Pierre-Alain Fridez, Nationalrat JU

Seit Jahren erinnert uns der Bundesrat bei jeder Gelegenheit daran, dass – wie in der Vergangenheit – in absehbarer Zukunft kein feindlicher Staat unser Land angreifen oder bei uns einmarschieren möchte. Darüber hinaus befindet sich die Schweiz in einer sehr privilegierten geostrategischen Lage, umgeben von befreundeten Ländern, im Herzen des Kontinents, mitten drin im Verteidigungsdispositiv der NATO. Und da sich die Mitgliedsstaaten der mächtigsten Verteidigungscoalition der Welt in Artikel 5 des Washingtoner Vertrags zum gegenseitigen Beistand verpflichtet haben, sollte eines ihrer Mitglieder angegriffen werden, müsste ein kriegführender Staat zunächst ein Land des Atlantischen Bündnisses durchqueren und eine Reaktion der NATO auslösen, wollte er die Schweiz an-

greifen. Tatsächlich fährt unser Land im Windschatten der NATO in sicheren Gewässern.

Eine souveräne Aufgabe

Die Überwachung seines Luftraums ist eine souveräne Aufgabe jedes Landes. Und unser Land möchte diese Souveränität legitimerweise ausüben. Da die traditionelle Kriegsführung selbst auf lange Sicht ein nahezu undenkbares Szenario bleibt, besteht die einzige wirkliche Mission unserer Militärflugfahrt in der Luftpolizei zu Friedenszeiten. Dafür gibt es Kampfflugzeuge, die – zu weit tieferen Kosten – ausreichend wirksam sind, um den Grossteil der Schutzmissionen durchzuführen. Und für die seltenen Situationen, die effizientere Kampfflugzeuge erfordern, wird es noch etliche Jahre lang möglich sein, sich auf unsere FA-18 zu verlassen.

Wozu also die Anschaffung kostspieliger, leistungsstarker, teurer und besonders umweltschädlicher Kampfflugzeuge, wie sie der Bundesrat mit seinem Budget von sechs Milliarden vorsieht? Ihr spezifischer und hypothetischer Nutzen würde sich auf Ein-

sätze in Extremsituationen beschränken: z. B. ein Angriff auf ein Drittland – undenkbar angesichts unserer Neutralität. Oder die verzweifelte Verteidigung des Landes gegen eine feindliche Invasion, was die Niederlage der NATO voraussetzen würde, so dass unser kleines Land wenig Aussicht auf Erfolg hätte.

Die wahren Risiken sind andere

Dennoch gibt es Sicherheitsbedrohungen für unser Land, und unser Geld muss effektiv investiert werden, um uns gegen diese zu schützen: Was bringt es, Kampfjets zu beschaffen, die mit Kosten von mehr als 100 Millionen Franken pro Stück veranschlagt werden, um den Terrorismus oder Cyberrisiken zu bekämpfen? Und vergessen wir nicht die Tragödien, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel vorhergesagt werden: Überschwemmungen, Muren, Erdbeben oder Dürren.

Für die plausibelsten Risiken im Zusammenhang mit dem Luftraum brauchen wir ein effizientes Boden-Luft-Verteidigungssystem: Gegen Raketenabschüsse

oder Drohnen, die für terroristische Zwecke eingesetzt werden. Wir haben keinen Bedarf an neuen Kampfflugzeugen. Es geht vor allem um grosse Geldsummen, die viel gescheiter eingesetzt werden könnten: zur Senkung der Krankenkassenprämien, zur Stärkung der AHV, für die Ausbildung und vor allem für Investitionen im Zusammenhang mit der Energiewende.

Bitte unterschreibe den Unterschriftenbogen auf der Rückseite. Merci!